

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Verleger: Redaktion Nr. 13 & 97, Expedition Nr. 13 & 98, Verlag Nr. 13 & 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Kriegsziele:
Die ständige Redaktion der Dresdner Neuesten Nachrichten hat sich für die Verwirklichung der von den Alliierten im Vertrag von Versailles festgesetzten Kriegsziele ausgesprochen. Sie ist der Ansicht, dass die Alliierten die Aufgabe haben, die Welt vor dem Wiederauftreten des Krieges zu schützen und die Gerechtigkeit zu wahren. Sie fordert, dass die Alliierten die Kriegsziele konsequent durchsetzen und nicht auf Kompromisse eingehen.

Bezugspreise:
Der Dresdner Neueste kostet monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 7,20 M., jährlich 14,40 M. Die Postgebühren sind extra zu zahlen. Einzelhefte kosten 10 Pfennig. Abbestellungen sind an die Redaktion zu richten.

Kriegszieldebatte in der bulgarischen Gubernie

Wieder über 23000 Tonnen versenkt — Eine neue Rede Wilsons — Der französische Finanzminister über Russlands finanzielle Verpflichtungen — Polemik über Italiens Kriegsziele

Trozkis Methode

Die neuen Verhandlungen in Brest-Litovsk haben bisher noch zu keinem Fortschritt geführt. Der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr Trozki, behauptet, wenn auch jetzt auf etwas andere Grundlagen, doch immer die alte Verschiebungstaktik, die jede Erörterung so gut wie völlig unsuchtbar macht. Neben dem Zweck der Methode Trozkis haben wir uns ja schon wiederholt ausgesprochen. Dem Russen ist es hauptsächlich darum zu tun, für die revolutionären bolschewistischen Gedanken bei den Bevölkerung der Mittelmächte Propaganda zu machen, um auf diese Weise leichter die eigenen Ziele zu erreichen und der russischen Revolution mehr Stoffkraft nach außen zu geben. Herr Trozki hat sich durch die tiefbedauerliche Kundgebungsrede in Deutschland offenbar in dem Glauben befangen lassen, daß die Saat der russischen Maximalistenpropaganda auch bereits in Deutschland zu reifen beginnt. Bezeichnend für diese Auffassung ist eine eben verbreitete Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur, die sagt, daß der Kampf für den Frieden nicht am grünen Tisch, sondern wahrscheinlich auf den Straßen von Wien und Berlin ausgetragen würde. Sollte Herr Trozki seine Haltung tatsächlich vor sich selbst und seinem friedensfeindlichen Lande durch diese Forderung rechtfertigen wollen, so dürfte er bald erfahren, daß er hier auf einen mehr als löcherigen Grund baut. Man wird Herrn Trozki in Brest-Litovsk über solche Irrtümer sicher nicht im unklaren lassen. Und wird ihm gleichzeitig zu verstehen geben, daß die Gebude, mit der die Delegation der Mittelmächte den russischen Verschiebungsmethoden bisher zugehört haben, in dem Augenblick ein Ende findet, wo kein Zweifel mehr daran besteht, daß mit den Russen sachlich kein Ergebnis der Verhandlungen zu erzielen ist. Herr Trozki rechnet offenbar selbst mit einer solchen Supplung der Dinge und glaubt wahrscheinlich, die Verantwortung für einen möglichen Abbruch der Verhandlungen den Mittelmächten in die Schuhe schieben zu können. Solchen Berechnungen muß von vornherein der Boden entzogen werden. Die Mittelmächte haben so klar und unumwunden ihren Willen ausgedrückt, zu einer annehmbaren Verständigung zu kommen, daß den Russen jede Verantwortung für den weiteren Verlauf der Dinge zufällt. — Die Verwickeltheit von

Theorie und Praxis

in der bolschewistischen Methode ist augensichtlich genug und kann bei uns niemanden mehr über die Methode der Maximalisten täuschen:

× Berlin, 2. Februar. Die Behandlung der ukrainischen Frage, deren enghäufige Lösung auf Wunsch der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen bis zum Eintreffen der Ukraine verfahren wurde, ist, wie die „Roth. Wk. Bl.“ redaktionell schreibt, offenbar seitens der russischen Regierung in der letzten Zeit eine andere geworden. Wahrscheinlich sind aber nicht die edlen politischen Doktrinen der bolschewistischen Machthaber, sondern die Interessen der bei ihnen vorhandene Überzeugung, daß es den bolschewistischen Klassen gelingen wird, die Herrschaft der Rada zu übernehmen und die Ukraine in ihre Gewalt zu bekommen. Aus diesem Verlangen ergibt sich ein neuer Beweis dafür, daß die Theorie von der Selbstbestimmung der kleinen Nationen für die Bolschewisten mit dem Ausblick auf andere, wo sie die Macht über diese Nationen gewonnen haben oder gewinnen zu haben glauben. Dann läßt die Verwirklichung dieser kleinen Völkerstaaten an. So geht es nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Finnland, in der Krim. In Ostland ist die einseitige Vandalenpolitik, die die Selbständigkeit Ostlands anzugreifen hatte, von maximalistischen Soldaten auseinander gedrängt worden. Die einseitigen Vorkämpfer in Ostland und suchen Schutz bei anderen Nationen. Die Letzten werden jetzt noch durch die jungtürkischen Regimenter, die sich in Petersburg befinden, durch ablehnende Versprechungen auf Land und Freiheit an die bolschewistische Politik gekettet. Herr von Rühlmann hat mit seiner Charakteristik der bolschewistischen Politik in der Reichstagsdebatte durchaus recht gehabt. Wir hoffen, daß sich die Diplomaten der Verbündeten in Brest-Litovsk nicht weiter die Mühe geben, diese Theorien zu widerlegen, nachdem die Bolschewisten selbst dafür Sorge getragen haben, daß sie sich durch ihre Taten gründlich und für immer widerlegt haben.

In den Meldungen von offizieller russischer Seite und in Privatnachrichten wird die

Ansicht Trozkis über Friedensverhandlungen

und Sonderfrieden ganz verschieden dargestellt. Trozki hat inwieweit in Brest-Litovsk die bekannte Willigung der Petersburger Telegramm-Agentur als

unrichtig bezeichnet, es aber vermieden, über das Inhaltliche dieser Meldung Aufklärung zu geben. Unter Berücksichtigung in Bezug auf in einem geheimen von uns veröffentlichten Privattelegramm bereits eine andere Bedacht der Rede Trozkis im Sommet mitteilt. Nach einer Meldung des holländischen Bureau-Bureau soll nun Trozki in der Konferenz der Sowjets erklärt haben, daß keine Aussicht auf einen Frieden ohne Annexionen bestehe, und daß alles, was erreichbar sei, ein Kompromiß wäre. Das von ihm verlangte Versprechen, keinen Sonderfrieden zu schließen, könne und wolle er nicht abgeben. Er werde nur alles tun, was zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution notwendig sei. Deshalb werde er in Brest-Litovsk erklären, daß die deutschen Vorkämpfer überhaupt nicht über Frieden werden, als demnach einen Sonderfrieden zu schließen. Nach dieser Erklärung habe der Konarsh der Sowjets die Erklärung der Vertreter in Brest-Litovsk genehmigt und sich zwar gegen die deutschen Bedingungen ausgesprochen, die Vertreter aber auf allen notwendigen Schritten bewilligt. Von diesem angeblichen Willen Trozkis hat man bisher in Brest-Litovsk noch nichts gemerkt.

Russen nach Wien?

Die Moskauer Delegation aus Petersburg: Die russische Delegation in Brest-Litovsk ist nicht an den Quellen der russischen Nachrichten, die nach Wien berichten und mit den Vertretern der österreichischen Delegation in Kontakt stehen, in Verbindung gekommen. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

Trozki über Finnland

Trozki stellte dem schwedischen finnischen Präsidenten Einbrot ein Schreiben zu, in dem er vertritt, daß die russische Regierung die Einmischung der russischen Soldaten in Finnland innere Angelegenheiten in sich schließen will. Es sei ihm aber auch bekannt, daß sowjetische Gegenrevolutionäre und finnische Elemente russische Soldaten überfallen, die sich verweigern müßten. Trozki erklärte es als notwendig, daß die russischen Truppen Finnland räumten, deshalb sei eine Sonderkommission zur Behandlung dieser Frage gebildet worden. Trozki erklärte schließlich, ihm die Hilfe mitzuteilen, in denen russische Truppen sich an der finnischen Bevölkerung vergreifen, um Gegenmaßnahmen zu treffen.

Die finnische Gesandtschaft erhielt am Donnerstagabend ein Telegramm aus Helsinki, wonach russische Soldaten und Teile der russischen Armee in der Gegend der Mitglieder des Landtags und die Direktoren verhaftet. Trozki und Lenin hatten gehört, drei Regimenter nach Wiborg zu senden, um das Schützcorps, die sogenannte Weiße Garde, zu vernichten.

Die Kämpfe in Südrussland

Nach einer Meldung der „Roth. Wk. Bl.“, die aus Capandona nach Kopenhagen telegraphisch überliefert wird, die maximalistischen Truppen in Kopenhagen. Eine Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur zufolge: Die russischen Truppen in Südrussland sind in der Gegend von Kopenhagen. Die russischen Truppen in Südrussland sind in der Gegend von Kopenhagen. Die russischen Truppen in Südrussland sind in der Gegend von Kopenhagen.

Die Unsicherheit in Petersburg

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, daß dort die Unsicherheit in den Straßen seit längerer Zeit besteht. Vor einigen Tagen wurde der bekannte Schauspieler Baloid und der berühmte Arzt Rosenbaker ermordet. Straßensperren sind angesetzt. Auf Lenin soll ein neues Attentat verübt worden sein. Ein junger Mann in der Uniform eines Studenten drang in das Emotions-Institut ein und schloß einen Revolver ab, ohne jemand zu treffen. Er wurde verhaftet.

Die russische Demobilisierung

× Petersburg, 31. Januar. Das bolschewistische Komitee hat die Demobilisierung der russischen Armee beschlossen. Eine Anstaltsdirektion meldet von der Front: 6000 Mann = 67 Prozent entlassen, 8 Prozent an der Front verblieben.

Der heutige deutsche Heeresbericht

× Großes Hauptquartier, 1. Februar. (Mittlich.) Von den Kriegsausfällen nichts Neues. Der Erste Generalissimus: Ludendorff.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 1. Februar. (Mittlich.) Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gehindert. Dabei wurden fünf Dampfer und ein Segler mit über 20000 T. Fracht versenkt. Die Dampfer waren bis auf einen bewußt und meist tiefgeladen. Die Mehrzahl wurde in geschützten Gewässern angegriffen und durch Geschützfeuer der U-Boote zerstört, darunter ein großer Transportdampfer, der unter hohem Geschützfeuer bedeckt wurde, also wohl besonders wertvoll war. Der versenkte englische Segler „Maria P.“ war mit Wein nach Malta unterwegs.

Ein Entente-Generallissimus?

(Privattelegramm) + Genf, 2. Februar. Die Berliner Ententekonferenz, die am Mittwoch nachmittags im Trianonpalast zur ersten Besprechung zusammentrat, löste die Frage des neuen Einheitskommandos laut „Zeit Journal“ im Sinne der französischen Wünsche. Lord George hätte also seinen Widerstand gegen einen französischen Entente-Generallissimus aufgeben.

Wilson über Amerikas Kriegsgründe

× Washington, 1. Februar. (Neuter) In einer Rede besprach Wilson die Gründe, die die Vereinigten Staaten gezwungen hätten, in den Krieg einzutreten, und sagte, Deutschland habe nicht allein die Gesetze der Gerechtigkeit gebrochen, sondern auch die langbelebenden Verpflichtungen des Völkerrechts und der Völkerverträge. „Die Streitenden in Deutschland“, führte er aus, „suchen ihre Macht in solcher Weise auszuüben, daß unser wirtschaftliches Leben abgegriffen kommt, und unser Volk auf unsere Erbteile zu beschranken, in denen sie die Völkerverträge verletzen könnten, jeden Fortschritt und jedes nationale Leben dauernd zu verkrüppeln und zu verhindern, und das Schicksal Amerikas der Gnade der feindlichen Regierung überlassen würden.“ Bei Besprechung der Gründe von 1917 sagte Wilson, es sei dringend notwendig, das Erreichte nicht nur zu wiederholen, sondern zu festigen. Die Regierung würde in jeder möglichen Weise bestreben, die Arbeit der Antikriegs- und die Dinge der amerikanischen Landwirte und den Krieg zu einem ruhmvollen Ende bringen würden.

Präsident Wilson bezieht sich also wieder auf das Verbot der Unwahrscheinlichkeiten, die nicht geordnet sind, irgendwelchen Verhandlungsangeboten den Weg zu ebnen. Deutschland hat es sich niemals einfallen lassen, sich in die nationalen amerikanischen Angelegenheiten einzumischen. Das Wilsonsche Hauptanliegen über Deutschlands Völkerverträge, braucht nicht noch einmal ausführlich dargestellt zu werden. In seiner offiziellen Antwort wird Herr Wilson andere Töne anschlagen müssen, wenn er in Deutschland gehört werden will. — Die Red.

Antwort erst in nächster Woche

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten) + Genf, 2. Februar.

Der „Gerald“ meldet aus New York: Die amerikanische Rede am Donnerstag ist nicht die erwartete Antwort auf die Berliner und Wiener Reden. Sie dient lediglich zur Beendigung der letzten amerikanischen Besprechungen, um die im Kongress darüber entstandenen Debatten zu klären. Eine Antwort Wilsons auf die Reden Berlin und Genf wird erst in nächster Woche erfolgen.

Amerikanische Kriegsfinanzleistungen

× Washington, 1. Februar. (Neuter) Auf einer Besprechung zwischen dem Schatzminister MacAdoo und den Vertretern des Kongresses wurden Schritte für umfassende finanzielle Operationen im Zusammenhang mit den Kriegsausfällen erörtert. Man hat über ein Kontingent von 100 Millionen in den beiden Häusern des Kongresses ein Verbot erlassen, zum Zweck der Erzielung einer Kriegsanleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar einzubringen, die Unternehmungen der Privatindustrie finanzieren soll.

Bulgariens Kriegsziele

* Sofia, 30. Januar. (Berlinter) Die Kammer hatte heute ihren großen Tag. Die Führer der oppositionellen Partei äußerten sich programmatisch über die Kriegsziele Bulgariens und den Charakter der bulgarischen Vertretung in Brest-Litovsk. Madovlawaow hatte sich bereit erklärt, auf die sozialdemokratische, von allen Parteien unterstützte Internationale von neuen Brest-Litovsk und der bulgarischen Kriegsziele zu antworten, und hatte aus Anlaß auf eine vorausgehende lange Dauer der Debatte und auf die für nachmittags anberaumte Abreise des Ministerpräsidenten nach Brest-Litovsk die Anfangs für nachmittags anberaumte Sitzung verlegt in den Vormittagsstunden eröffnet.

In seiner Antwortrede wies der Ministerpräsident darauf hin, daß alle Führer schließlich den Frieden wünschten, und daß auch die Bulgaren ihn anstrebten, jedoch einen ehrenvollen Frieden wollten, der ihre nationale Einheit befestigte. Die nationale Einheit bilde ihr einziges Kriegsziel. „An der Tat“ sagte er, „wenn Bulgarien den schwerlichen Opfern, die es im Kriege erträgt, zukünftig zu geschichtlichen, um alle seine getreuen Soldaten zu einem einigen Zweck zusammenzuführen, der das bulgarische Volk in seinen ethnographischen Grenzen vereine. Bulgarien rechnet also mit dem Ausbruch der Dardanelles, des Maronekanals und des Mesopotamien im Mittelmeer zur Friedensformel: „Eine gemeinsame Gebietsveränderung und freies Selbstbestimmungsrecht der Völker“; denn die Veränderung der erkrankten Grenzen hat sich zu wiederholten Malen im bulgarischen Volkstum sowie der bulgarischen Nationalität zu demohnen. Die bulgarische Nationalität mit einem Wort nur eine lange Reihe von Bedingungen dieser Art. Die Verwirklichung dieser nationalen Willens hatte die bulgarische Vertretung in Brest-Litovsk zu verteidigen, und das ist sie bisher mit Erfolg.“ Der Ministerpräsident verließ eine vor einiger Zeit gemeldete Despeche, die bekanntlich, daß die russischen Abgeordneten sich selbst vorgeschlossen hatten, zu erklären, daß der Krieg zwischen Russland und Bulgarien beendet und der Austausch vor dem Kriege wiederhergestellt sei. „Die Despeche wurde“, so erklärte der Ministerpräsident, „von einem Mitglied als Frieden in sich ausgedeutet. In Wirklichkeit wurde der russische Vordruck grundlegend angenommen. Er wird im Friedensvertrag, der die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen dem Brest-Litovsk und Russland beenden wird, bestätigt werden.“ Bulgarien erziele sich eine angemessene Stellung im Frieden. Es fenne die Rolle, die ihm zufalle. Es wisse auch, daß es in diesem Bündnis noch Interessen habe, die anders sind als die seines, und daß folglich das Friedensziel nicht nur von seinem Willen abhängt. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde vom Hause beifällig aufgenommen.

Als erster Redner nach Madovlawaow sprach der Abgeordnete, der die Interventionen einführte hatte. Es sei um eine Beschränkung des Friedens zu tun, der nicht an irgendwelchen Grobverordnungen scheitern dürfte. Er wiederholte die besprochenen Wünsche Bulgariens und wies darauf hin, daß es keinen dauernden Frieden gebe, wenn die Völker nicht auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes befreit würden. Neben die deutschen Kriegsziele tritt die Sozialdemokratie nachteilig nicht anders, als sie ihm im Sinne des „Vorwärts“ erschienen. Er meinte, sowohl Deutschland wie Österreich-Ungarn müßten an die gleiche Linie sein. Die Überwindung der ganzen Balkanangelegenheiten, also auch der Bulgariens, an Österreich-Ungarn, so daß es erwartete, so wie es die erste Linie mit Deutschland abschließen sei. Am interessierten sich Deutschland mit einmütiger Zustimmung die Türkei und überlässe Bulgarien Österreich, ohne es um seine Zustimmung auf diesem Gebiet der Führung zu fragen. Unter langwieriger Spannung des Hauses wurde er nur dann und wann von Beifall unterbrochen. Es sprach darauf Madovlawaow, der Führer der Demokratenpartei, von dessen Opposition gegen die Resolution die feindlichen Mächte in letzter Beurteilung der Lage so viel erhellt haben. Er meinte, das bulgarische Volk könne nicht ertrug, daß es bis nicht der deutsche Reichstag sich an den bulgarischen Wünschen angeschlossen und sie auszuüben habe. Er wiederholte die Interventionen Bulgariens oder in die Vereinigung aller Völker als in einen Frieden ohne Amerikaner, falls zum Schluß beizugehen er unter dem Befehl des Hauses, an dem sich der Ministerpräsident selbst beteiligte: „Wäre der Ministerpräsident die bulgarische Sache würde vertreten und im Namen des ganzen bulgarischen Volkes zu vertreten geben, daß es nicht annehme, die bulgarische Politik einfach von Berlin nach Wien zu verlegen.“

Der Parteiführer Todoroff wiederholte im wesentlichen seinen Vortrag. Auch er konnte die Bestimmung über die Bestimmung des Balkanproblems nicht unterdrücken: „Die Führer der bulgarischen Demokratie überlassen und der österreichischen Demokratie, die sich ihrerseits empfehlen, und mit den Serben zu verhandeln. Das ist unverständlich und nicht schmeichlich für uns. Unser Vertrag ist vor allem mit dem russischen abgeschlossen und wir hängen uns vor allem auf Deutschland.“